Breslauer Zeitung.



Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1½ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 172. Mittag-Ausgabe. Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Donnerstag, den 11. April 1867.

Deutschland.

O. K. C. Reichstags-Verhandlungen.

Berlin, 10. April.

32. Sitzung des norddeutschen Reichstages.

Eröffnung 10¼ Uhr. Die Tribünen sind überfüllt. Am Tische der Bundes-Commissarien Minister v. Roon, v. d. Heydt, v. Friesen, Geh. Räthe v. Savigny, v. Liebe, Hoffmann, später Graf Bismarck. In der Hofloge der Kronprinz und die Kronprinzessin von Preußen, Prinz Nikolaus von Nassau.

Das Haus tritt sofort in die T.-O. ein: Vorberathung über Abschnitt XIV. des Verfassungs-Entwurfs (Verhältniß zu den süddeutschen Staaten). Er lautet:

Artikel 71. Die Beziehungen des Bundes zu den süddeutschen Staaten werden sofort nach Feststellung der Verfassung des norddeutschen Bundes, durch besondere dem Reichstage zur Genehmigung vorzulegende Verträge, geregelt werden.

Zu diesem Artikel liegen folgende Amendements vor:

1) Des Abg. Duncker (Berlin): dem Artikel 71 folgende Fassung zu geben: „Den ehemaligen deutschen Bundesländern, soweit sie die Bedingungen dieser Verfassung zu erfüllen im Stande und gewillt sind, steht der Eintritt in den norddeutschen Bund jederzeit frei. Ein Bundesgesetz bestimmt sodann die Aufnahme eines solchen Landes in den Bund und die nöthig werdenden Abänderungen der Bundes-Verfassung";

2) der Abgg. Lasker und Miquel: „Der Eintritt der süddeutschen Staaten oder eines derselben in den Bund erfolgt auf den Vorschlag des Bundespräsidiums im Wege der Bundesgesetzgebung";

3) des Abg. Schrader: an Stelle des Artikels 71 folgenden Artikel zu setzen: „Der Eintritt in den norddeutschen Bund steht jedem südlich vom Main belegenen deutschen Staate auf seinen Antrag unter der Bedingung zu, daß er sich der Bundesverfassung unterordnet. Besonderer Verträge bedarf es hierzu nicht."

Die Rednerliste ergiebt 6 Redner für und 7 gegen Artikel 71.

Abg. v. Sybel (für die Vorlage): Ich habe mich für Art. 71 einschreiben lassen, obwohl ich das Amendement Lasker-Miquel zu empfehlen gedenke, das keinen andern Zweck hat, als den Sinn des Art. 71 weiter zu entwickeln. Der Zutritt der süddeutschen Staaten zu dem Bunde soll dadurch offen gehalten werden; wir wollen heute schon constatiren, daß gegenüber dem großen Ziele unserer nationalen Zukunft der norddeutsche Bund nur ein geschichtliches Provisorium ist. Dies ist namentlich in der jetzigen Lage Europa's wünschenswerth, wo Gefahren verschiedener Art den Fortgang unseres Einheitswerkes bedrohen. Wir wollen deshalb den festen Entschluß aussprechen, dieses große Ziel der Einigung der gesammten deutschen Nation nicht aus dem Auge zu verlieren. — Wenn nun die süddeutschen Staaten zutreten sollten, so ist es nöthig, die Stellung der Krone Preußens im Bunde zu stärken, damit Preußen auch in der Lage ist, die schweren Rechte und schweren Pflichten, die ihm obliegen, wirksam zu übernehmen. Deshalb werden in diesem Falle nothwendige Aenderungen in der Verfassung in Erwägung zu ziehen sein; es muß deshalb der Eintritt der betreffenden Staaten der Entscheidung der Bundesgesetzgebung überlassen bleiben und ich kann mich deshalb nicht einverstanden erklären mit den Amendements, welche die bloße Eintrittserklärung der betreffenden Staaten für genügend erachten. Gründen wir deshalb zunächst einen starken Bundesstaat, der im Stande ist, alle fremden Eingriffe abzuwehren; wir haben dann viel dazu gethan, um das Werk der deutschen Einheit auch auf die süddeutschen Staaten auszudehnen.

Abg. Bebel (Drechsler in Leipzig) (gegen den Entwurf): Der vorliegende Artikel ist einer der wichtigsten in der ganzen Verfassung. Aus der Fassung desselben und den sonstigen Erklärungen der preußischen Commissarien geht deutlich hervor, daß Preußen bei Gründung des norddeutschen Bundes nicht ganz Deutschland, sondern nur die preußischen Interessen (Rechts: Oho!), nur die Stärkung der hohenzoller'schen Hausmacht (Unterbrechung rechts) im Auge gehabt hat. (Präsident Simson: Lassen Sie den Redner doch ruhig ausreden; widerlegen Sie ihn nachher!) Es ist ein Bund zwischen dem großen Preußen und mehreren Vasallenstaaten (Unruhe rechts), deren Fürsten nichts Anderes als Generalgouverneure des Königs von Preußen sind. (Widerspruch rechts.) Hätte die preußische Regierung die Absicht gehabt, die süddeutschen Staaten mit in den Bund hineinzuziehen, so sehe ich keinen vernünftigen Grund, der sie daran hätte hindern können. Man sagt, Frankreich und Oesterreich hinderten sie daran. Die Gründe, die Frankreich dazu bewegen konnten, liegen doch lediglich in den Machtverhältnissen. Das, was Frankreich fürchtete, ist aber doch schon durch die Militär-Conventionen mit den süddeutschen Staaten geschaffen worden. Frankreich hat also jetzt keinen Grund mehr, gegen eine völlige Einigung Deutschlands aufzutreten. Man sagt nun, daß die mit Oesterreich im Prager Friedensvertrage abgeschlossenen Bedingungen keine wirkliche, sondern nur eine internationale Einigung mit Süddeutschland zuließen. Wer hat denn aber die Prager Friedensbedingungen vorgeschrieben? Doch nur Preußen. Und ich habe die feste Ueberzeugung, daß, wenn die preußische Regierung einsähe, daß sie durch die Bedingungen des Friedensvertrages Schaden litte, sie keinen Augenblick anstehen würde, ihn wieder zu zerreißen. (Widerspruch rechts.)

Ja, m. H., ebenso wie ich fest überzeugt davon bin, daß Oesterreich, wenn es heut in der Lage wäre, die Niederlage des letzten Jahres auswetzen zu können, auch nicht zurückstehen würde. Aeußere Gründe, welche die Einigung hindern könnten, sind also nicht mehr vorhanden. Es sind also nur innere Gründe, nicht vom deutschen, sondern vom specifisch preußischen Standpunkte. Ich aber, m. H., stehe auf dem deutschen Standpunkte. Preußen fürchtet, wenn die süddeutschen Staaten zutreten, majorisirt zu werden, was wohl für die Volksinteressen in manchen Beziehungen ganz wünschenswerth sein möchte. Deshalb will sich Preußen mit Militär-Conventionen begnügen; deshalb sucht es durch Zollverträge und dergleichen einigermaßen die Kluft, welche durch die Mainlinie in Deutschland geschaffen worden ist, wohl zu überbrücken, nicht aber auszufüllen. Eine solche Politik zu unterstützen, habe ich keine Lust; denn es ist keine deutsche Politik. Ich muß deshalb protestiren gegen einen Bund, der nicht die Einheit, sondern die Zerreißung Deutschlands herbeiführt; ich muß protestiren gegen eine Verfassung, die aus Norddeutschland eine große Kaserne macht und dem Volke das Bischen Freiheit, was es hat, noch raubt (Unruhe rechts). Ich werde deshalb gegen Art. 71 und gegen die ganze Vorlage stimmen.

Abg. Weber (Stade) (für die Vorlage): Die Ansichten des Herrn Vorredners sind die der großdeutschen Volkspartei. Diese Partei hat dafür geschwärmt, den preußischen Staat zerstückeln und eine Föderativ-Republik errichten zu können. Da Preußen solchen Träumereien natürlich entgegentrat, so wuchs der Haß gegen Preußen. Wie man nun nach den politischen Erfolgen an solchen Träumereien noch festhalten kann, ist mir wirklich unbegreiflich. (Beifall rechts.) Aber es giebt ja Doctrinäre, die nichts lernen. (Beifall rechts.) Wenn aber Redner meint, daß Preußen nicht die Absicht gehabt habe, Süddeutschland mit in den Bund aufzunehmen, so schlägt er der geschichtlichen Wahrheit in's Gesicht. Der Hr. Ministerpräsident hat im preußischen Abgeordnetenhause so klar dargelegt, daß es damals unmöglich war, weiter zu geben, wenn man nicht Alles auf das Spiel setzen wollte. — Im Allgemeinen kann ich mich dem Amendement Miquel-Lasker anschließen und habe nur das eine Bedenken dagegen, daß darin eines Staates nicht gedacht ist, der nicht durchaus zu dem süddeutschen gehört, von dem aber doch die Möglichkeit vorhanden ist, daß er mit in den Bund aufgenommen werden könnte. Wir im Reichstage sind nicht durch diplomatische Rücksichten gebunden; wir haben vielmehr die Pflicht kundzugeben, daß die deutsche Nation ein nothwendiges Recht auf Zusammengehörigkeit hat. Wie eine Gesammt-Constituirung Deutschlands zu erreichen und auszuführen ist, müssen wir allerdings zunächst der Präsidialmacht überlassen. — Es ist viel von der Mainlinie gesprochen worden. Was ist der Main? Sind denn Flüsse Trennungsmittel für Völker? Nein, sie verbinden dieselben. Der Rhein selbst ist nie eine natürliche Grenze gewesen, und nun gar erst der Main, dieses Flüßchen, das kaum einen Nachen trägt, dieses Bächlein (große Heiterkeit), trennt Deutschland nicht von einander.

Von Süddeutschland trennen uns höchstens Vorurtheile, die besonders im Süden sehr stark vorhanden sind. Die äußerste Rechte im Süden muß einsehen, daß es endlich Zeit ist, den Stachel nicht länger gegen Preußen zu brauchen, damit er sich nicht selbst verwundet; das Centrum, daß es nicht die Hauptaufgabe eines Menschen ist, in Gemüthlichkeit seinen Bierschoppen zu trinken (Heiterkeit); diese Herren müssen einsehen, daß die stramme Kraft, die Anstrengung für den Staat, wie wir sie in Norddeutschland sehen, auch ihr Gutes hat und nothwendig ist. Die äußerste Linke wird ihre Träumereien von einer Föderativ-Republik fallen lassen müssen und einsehen, daß die constitutionelle Monarchie die einzig mögliche Staatsform für Deutschland ist. Und endlich werden die Ultramontanen sich sagen müssen, daß, wenn Preußen, der protestantische Staat, die Suprematie in Deutschland hat und die protestantische Freiheit zum Grundsatze des Staates erhebt, stets mit gleichem Rechte die katholischen Unterthanen wie die protestantischen behandelt werden und daß die katholische Kirche deshalb durchaus nichts zu befürchten hat. — Glücklicherweise beginnen die Vorurtheile bereits immer mehr zu schwinden, wie wir aus der Interpellation der hessischen Abgeordneten, aus der gestern mitgetheilten Erklärung aus Würtemberg, wie wir aus den Preußen sich annähernden Schritten Baierns ersehen. Denn in der That giebt es wohl kaum einen Augenblick, der die Nothwendigkeit der Zusammengehörigkeit aller deutschen Staaten uns klarer vor Augen rücken könnte, als der gegenwärtige, und ich glaube, Sie Alle sind mit mir überzeugt davon: Wenn Deutschland nur zusammenhält, so hat es eine Welt in Waffen nicht zu fürchten. (Beifall.)

Großherzoglich hessischer Bundes-Commissar Hoffmann: Zu meinem großen Bedauern bin ich verhindert gewesen, in der gestrigen Sitzung von Anfang an anwesend zu sein. Ich habe deswegen leider versäumt, der Interpellation der hessischen Herren Abgeordneten, ihrer Begründung und Beantwortung beizuwohnen. Ich habe die betreffenden Verhandlungen in den stenographischen Berichten eingesehen und bin in der Lage, die erste Gelegenheit, die sich mir heute darbietet, zu benutzen, um vor allen Dingen dem preußischen Herrn Minister meinen Dank auszudrücken für die durchaus bundesfreundliche und rücksichtsvolle Art und Weise, wie er die Interpellation beantwortet hat. Ich bin zwar nicht ermächtigt, hier im Saale bindende Erklärungen namens der großherzoglich hessischen Regierung über einen Gegenstand abzugeben, der jetzt noch nicht zu einer Verhandlung im Reichstage reif, sondern mehr zu Verhandlungen von Regierung zu Regierung geeignet ist; aber ich glaube, die Grenze, innerhalb deren ich mich bewegen kann, nicht zu überschreiten, wenn ich versichere, daß die großherzogliche Regierung nur mit großer Befriedigung Kenntniß nehmen kann von den Erklärungen, die der preußische Herr Regierungs-Bevollmächtigte abgegeben. Denn es kann derselben nur willkommen sein, wenn der Eintritt des ganzen Großherzogthums die volle Zustimmung der königlich preußischen Regierung hat, daß sie diese Zustimmung nur abhängig macht von dem vollständig loyalen Bestreben, diesen Eintritt mit den Ansichten der österreichischen Regierung und den Bestimmungen des Prager Friedens in Einklang zu bringen. Die Schwierigkeiten, die der großherzoglichen Regierung aus der jetzigen Lage des Großherzogthums entspringen, liegen ja auf der Hand. Sie lassen sich allerdings überwinden etwa dadurch, daß man die Verwaltung der getrennten Landestheile trennt oder daß man die Gesetze des norddeutschen Bundes auch auf die anderen Provinzen ausdehnt. Aber ich gebe ja gern zu, daß das beste Mittel eben nur durch den Eintritt des ganzen Großherzogthums in den norddeutschen Bund gegeben ist. (Beifall.)

Die großherzogliche Regierung verkennt nicht, daß die damit verbundene größere Stimmenzahl im Bundesrathe, die größere Zahl der hessischen Vertreter im Reichsrathe ihr einen größeren Einfluß im Bunde sichern würde. Auf der anderen Seite würden freilich auch größere Lasten dem Lande dadurch erwachsen. Dies ist der Grund, warum sie nicht einseitig vorgehen zu können glaubt, sondern sich vorher des Einverständnisses auch der Landesvertretung versichern muß. Ich bin aber überzeugt, daß Regierung und Stände sich vollständig von dem patriotischen Geiste werden leiten lassen, der in der Proclamation des Großherzogs seinen Ausdruck gefunden hat, und ich hoffe zuversichtlich, daß die gestrige Frage des Herrn Interpellanten ihre Antwort in einem Sinne finden wird, wie es nicht nur den Interessen des Großherzogthums, sondern auch denen des großen gemeinsamen Vaterlandes entspricht (Bravo!).

Abg. Schulze: Der Hauptpunkt, wodurch sich unser Amendement von dem des Abg. Lasker unterscheidet, das ist der Rechtsstandpunkt. Wir stehen bei diesen ganzen Verhandlungen auf dem nationalen Rechte, vermöge dessen kein Volk dulden kann, daß Glieder seines Stammes ihm abgerissen werden, vermöge dessen jedes Volk dahin gravitirt, sich mit den etwa abgerissenen Gliedern wieder zu vereinigen. Darum können wir unmöglich damit einverstanden sein, daß zwischen uns und unseren Brüdern in Süddeutschland blos internationale Verträge das Bindemittel sein sollen. Es kommt jetzt darauf an, daß wir unser Wort, unser schwer wiegendes Wort in die Wagschale werfen, daß wir es aussprechen, daß auf beiden Seiten nicht nur ein Recht, sondern auch eine schwere Verpflichtung obwaltet, hinzudrängen auf Einigung. Wir haben die Pflicht, dieser Einigung eine offene Stelle zu halten, für den Fall, daß die süddeutschen Staaten im Stande und gewillt sind, in diesen Bund sich einzufügen. Nun und nimmer aber können wir uns dabei beruhigen, daß dies blos als wünschenswerth hingestellt wird. Wir sollen ihnen nicht blos sagen: Ihr habt das Recht, sondern Ihr habt auch die Pflicht! Man hat hier von Masseantipathien des Südens gegen den Norden gesprochen. M. H., Stammeseifersüchteleien mögen walten, aber wenn wirklich eine ernste Abneigung herrschen sollte, so hat das einen ganz anderen Grund. Im Süden hat stets das Bedenken und die Furcht obgewaltet, durch den Anschluß an uns einen Theil der verfassungsmäßigen Rechte zu verlieren, und wir wollen so offen sein, zuzugestehen, daß sie wohl etwas Recht hatten, diese Bedenken zu hegen. Durch Annahme der nöthigen constitutionellen Garantien in die Verfassung, werden gerade Sie, m. H., das Meiste dazu beitragen, die Agitation für den Anschluß des Südens zu stärken. Legen Sie diesem Präsidium nicht die Befugniß zu, die ihm im Amendement Lasker ertheilt wird. M. H., vergessen Sie es nicht, die Einigung Deutschlands soll ein Recht sein, ein heiliges, unantastbares, nationales Recht! (Beifall.)

Abg. Miquel: Wir glauben nicht, daß es nothwendig ist, die preußische Regierung auf den Weg einer nationalen Politik noch besonders hinzudrängen. Wir haben das Vertrauen zu derselben, daß sie auch ohne das in ihrer Politik national ist. Der Abg. Bebel meint, die Aufgabe, die sich die preußische Regierung gestellt, bestehe in der Gründung einer norddeutschen Militärmacht, in der Heruntersetzung der deutschen Fürsten in preußische Militär-Gouverneure. M. H., wir von der nationalen Partei, wenn wir etwas zu bedauern hätten in dem Verhältniß der preußischen Regierung zu ihren Bundesgenossen, so würden wir nur bedauern, daß letztere nicht noch mehr Souveränetätsrechte aufgegeben haben, daß die preußische Regierung vielleicht mit einer zu weit gehenden Mäßigung vorgegangen ist. Nennen wir Preußen nicht einen Militärstaat! Der Staat der Gewissensfreiheit, der Staat, der zuerst in Deutschland den Bauernstand befreit hat, der Staat, der zuerst die Gemeindefreiheit begründete, der zuerst das nationale Panier erhob gegen die Fremdherrschaft, dem wir unsere Unabhängigkeit verdanken, der Staat des großen Friedrich, der Staat der Cultur — m. H., den wollen wir nicht herabwürdigen lassen zu einem bloßen Militärstaat. Gerade der Herr Graf Bismarck, der hier neben mir sitzt — (Große Heiterkeit, denn Redner hat nicht bemerkt, daß Graf Bismarck augenblicklich am anderen Ende des Ministertisches mit einem anderen der Herren Bundes-Commissarien sich unterhaltend dasteht) — wir fühlen uns jetzt am Schlusse der Session gedrungen, so sehr wir auch in vielen inneren Fragen von ihm abweichen, in vollster Uebereinstimmung mit seiner Politik, ihm die Dankbarkeit zu bezeugen, die wir ihm schuldig sind.

Wer die politische Stellung der preußischen Regierung nach dem Frieden von Nikolsburg verfolgt hat, wer eine Einsicht genommen hat in die Friedensverträge mit den süddeutschen Staaten, wer die gestrigen Erklärungen gehört hat, nach welchen es nur von dem freien Willen der hessischen Regierung abhängt, in den norddeutschen Bund einzutreten, wer nach solchen Thatsachen noch behaupten kann, es werde nur ein norddeutscher Militärstaat beabsichtigt, — m. H., dem ist überall nicht zu helfen. Es ist wunderbar, welche Coalition von Gegnern uns gegenübertritt. Auf der einen Seite die entschiedensten Demokraten, deren Tendenz doch wahrlich nicht darauf hinausläuft, sich für die Macht der kleinen Fürsten zu interessiren, die aber dennoch hier wie auswärts nach dieser Richtung hin verschoben werden. Mit ihr verbunden die ultramontane Partei, deren Politik sich wohl in dem Satze aussprechen läßt: unser Vaterland ist nirgends anders als in Rom. Endlich die ausschließlichen Vertreter von abgestorbenen und rein formalen Befugnissen einzelner Fürsten, die nichts weiter kennen als die Kleinstaaten, in denen sie gelebt und geherrscht haben, und die noch nicht gelernt haben, an das große deutsche Vaterland zu denken. Wir haben das Vertrauen, mit diesen Gegnern fertig zu werden.

Wenn wir es nun auch keineswegs für nöthig halten, die preußische Regierung noch besonders zu drängen auf ihrem Wege, so wollten wir doch den Süddeutschen ein offenes Zeichen von der Gesinnung des Reichstages geben. Wir können das aber nicht in der Form des Amendements Duncker thun. Wir können nicht erklären, daß sämmtliche ehemaligen deutschen Bundesländer in den norddeutschen Bund eintreten können, wenn sie es wollen; wir können nicht glauben, daß es unsere Aufgabe sei, Oesterreich zu zerreißen, daß es eine Aufgabe der praktischen Politik sei, die Wiedervereinigung mit Oesterreich zu erstreben. Wir können nicht wissen, was die Zukunft bringt, aber einen Gegenstand der praktischen Politik bildet diese Frage nicht. Wir können aber den Eintritt in den Bund auch nicht abhängig machen von dem Belieben jeder einzelnen süddeutschen Regierung, über den Zeitpunkt, in dem sie dies thun will. Allein der Staat Preußen darf über diese Frage entscheiden. Deswegen sagen wir in unserem Antrage, es solle der Eintritt der Südstaaten erfolgen auf den Vorschlag des Bundespräsidiums, d. h. der Krone Preußen. Wir sagen weiter, daß dies geschehen solle auf dem Wege der Bundesgesetzgebung. Wir wollen damit die Schwierigkeiten heben, die in einer Verfassungsveränderung liegen, und wollen die Form mildern. Wir verkennen dabei nicht, daß in dem Augenblicke, wo Süddeutschland sich mit uns vereinigt, diese Verfassung nicht mehr genügt. Doch ist es undenkbar, daß eine Mehrheit des Reichstages und des Bundesrathes dabei Beschlüsse faßt, welche die nothwendig prädominirende Stellung Preußens gefährden.

M. H.! Wenn der Süden noch eine abgesonderte Stellung einnimmt, so liegt das nicht im Widerstreben des Auslandes, nicht im Nikolsburger Friedensvertrag, sondern in der Abneigung der süddeutschen Regierungen, vielleicht auch bis in die allerneueste Zeit in einer Abneigung wenigstens eines Theiles der süddeutschen Bevölkerung. Nichts würde verkehrter sein, als die preußische Regierung verantwortlich zu machen, daß es ihr nicht gelungen, auch Süddeutschland in das Bundesverhältniß zu bringen. Und wir können hoffen, daß bald alle Hindernisse schwinden werden, um so eher, je größer die Gefährdung der Nation durch auswärtige Bedrohung ist. Die Abneigung des Volkes ist offenbar im Schwinden, alle Zeichen beweisen, daß man nicht blos in der Phrase und in Redensarten mit uns einig ist, sondern daß man auch gewillt ist, die Lasten mit zu übernehmen, die ein großes Staatswesen auflegt. Deshalb geziemt es uns, am Schlusse unserer Berathung, offen dem Süden die Hand hinzustrecken. Es darf uns nicht eingewendet werden, das sei jetzt nicht opportun, es sei besser diesen Wunsch nach Vereinigung heute nicht in der Weise auszusprechen. Ich glaube, das Ausland weiß das schon eben so gut wie wir, daß nichts in der Welt die deutsche Nation auf die Dauer auseinander halten kann. Sollte das Ausland sich dennoch solchen Illusionen hingeben, so ist es besser, eher heute als morgen diese Illusionen zu zerstören. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Wigard: Wir haben oft von der Einheit Deutschlands sprechen hören, wenn wir uns aber diesen Verfassungsentwurf, über den ich meinerseits mir nie Illusionen gemacht habe, uns näher ansehen, dann werden Sie zugeben müssen, daß in demselben von deutscher Einheit nicht viel zu finden ist. Wir sind zerrissen in einen norddeutschen Bund, in einzelne süddeutsche Staaten und in Deutsch-Oesterreich, das mit fremden Völkern verbunden ist. Wenn ich mir aber die Verfassung nach der Richtung eines Bundesverhältnisses hin ansehe, so liegt zu Tage, daß ein wahrer und echter Bund in dieser Zusammensetzung gar nicht zu denken ist. Wir haben, wie schon der Abg. Bebel ganz richtig bemerkt hat (Oho! seitens der Conservativen), nichts als ein großes Preußen mit einigen kleinen Vasallenstaaten neben sich. Von den Deutsch-Oesterreichern zu sprechen, bescheide ich mich gegenwärtig gern, obschon ich nicht umhin kann, mit Bezug auf sie an den hochherzigen Spruch zu erinnern, daß auch nicht ein deutsches Dorf dem gemeinsamen Vaterlande verloren gehen solle. Wie die Thatsachen liegen, müssen wir allerdings das Verhältniß zu den Deutsch-Oesterreichern der Zukunft überlassen. Aber bewegt uns seit den jüngsten Tagen nicht auch die Frage wegen des Großherzogthums Luxemburg und müssen wir nicht desselben hier gedenken? Was will nun der Entwurf mit den süddeutschen Staaten? Internationale Verträge: Das heißt in der That, wie schon der Abg. Bebel bemerkt hat, die Kluft überbrücken, nicht ausfüllen. Ich will einen deutlichen Uebergang schon gegenwärtig gesichert haben. M. H.! Was trennt den Süden von uns? Wenn wir die Verfassung des norddeutschen Bundes weniger absolutistisch und mehr freiheitlich gemacht hätten, dann würde der Süden eine größere Geneigtheit zeigen, in den norddeutschen Bund einzutreten. Man hat von uns als von den Anhängern der Idee einer Föderativ-Politik gesprochen.

Nun, m. H., wir haben in unseren Amendements wenigstens kein Streben dazu erkennen lassen und uns jederzeit auf den constitutionellen Standpunkt gestellt. Doch war für uns im Allgemeinen die Rücksicht maßgebend, den Südstaaten die Möglichkeit zu gewähren, sich die Frage vorlegen zu können, ob sie auf diese Verfassung hin in den norddeutschen Bund eintreten wollen oder nicht. Auch auf Luxemburg muß Bezug genommen, vor allen Dingen aber, wenn der Süden eintreten will, offen gehalten werden, daß die gegenwärtige Verfassung solchen Veränderungen unterzogen werden kann, welche sie dem Volke etwas genießbarer machen kann. (Bravo links.)

Abg. Lasker: Da der Herr Abg. Bebel zu derjenigen Partei gehört, welche bei der Wahl in Elberfeld-Barmen die Wahl des Ministerpräsidenten Grafen Bismarck gegen die liberale Partei durchgesetzt hat, so darf ich wohl darauf hinweisen, daß dies mit seiner heutigen Stellung in Widerspruch ist; man kann nicht Hand in Hand mit der Regierung an die Wahlurne treten und zugleich eine Berechtigung haben, dieser Regierung in so schroffer Weise entgegenzutreten. Ich glaube nun überhaupt, daß die Rede des Herrn Bebel nur die Politik, welche in Bierstuben getrieben zu werden pflegt, treu wiedergespiegelt hat. — (Der Präsident unterbricht ihn mit der Bemerkung, daß er zweifle, ob dem Redner eine solche Kritik über einen Collegen zustehe.) Man macht der Regierung einen Vorwurf daraus, daß sie nicht mit der Einigung Deutschlands sofort vorgehe und auf ihre Stellung zu Oesterreich Rücksicht nehme. Mich hat es hoch erfreut, aus der gestrigen Rede des Herrn Präsidenten der Bundes-Commissarien entnehmen zu können, daß die Einigung Deutschlands als eine rein innere deutsche Frage betrachtet werden soll. Ich bin in dieser Auffassung dadurch, daß Oesterreich befragt werden soll, nicht beirrt worden. Die Interessen Oesterreichs und Preußens in dem alten Bunde waren gegeneinander gerichtet; jetzt sind sie es nicht mehr, da die Hindernisse weggeräumt sind, welche nicht gestattet haben, daß beide Staaten ihrer natürlichen Entwickelung folgen konnten.

Es war unnatürlich, daß Oesterreich, welches stets auf die Reserve Preußens angewiesen war, sich der Stärkung dieser Reserve widersetzte, unnatürlich, daß die anderen Staaten Deutschlands nicht dem Einheitsgedanken huldigten, sondern zwischen beiden Großmächten die Balance halten und eine Trias bilden wollten. Alle diese Hindernisse sind fortgeräumt. Oesterreich, das mit seiner inneren Kräftigung beschäftigt ist und Deutschland sich selbst überläßt, hat kein Interesse daran, Preußen in der Kräftigung Deutschlands zu schaden. Wir betrachten also den Anschluß Süddeutschlands als eine rein innere deutsche Frage. Wir drohen dem Auslande nicht, aber wir haben dem Auslande auch nichts zu bieten. Das letzte deutsche Dorf soll dem Vaterlande unverloren bleiben. Das Princip der Nichtintervention, wenn eine große Nation ihre inneren Angelegenheiten ordnen will, ist im Uebrigen in ganz Europa anerkannt, doch wird man immerhin die Rücksicht nehmen müssen, den großen europäischen Mächten von einer bevorstehenden Umänderung Kenntniß zu geben, also hier von dem Anschlusse des Südens. Durch keine Rücksicht aber dürfen wir eine Verzögerung dieser Vereinigung eintreten lassen, wenn die Möglichkeit des Anschlusses einmal gegeben ist. Unsere Anträge bezwecken, diese Ansichten über den Anschluß der Südstaaten und auch Luxemburgs, das nicht ausdrücklich erwähnt ist, dahin zum Ausdruck zu bringen, daß es sich dabei nicht um eine Verfassungsänderung handeln wird, sondern lediglich um eine Regelung im Wege der Gesetzgebung, und wir wollen es schon gegenwärtig in der Verfassung aussprechen, daß dieser Anschluß eine innere rein deutsche Angelegenheit ist, die allein durch das Gesetz zu regeln, damit das Ausland diesen unseren Willen erfahre und die Ueberzeugung gewinne, daß wir diesem Willen Achtung verschaffen werden.

Abg. Schrader (aus Kiel): M. H. In dieser ernsten Angelegenheit werden Sie von mir kein bon mot erwarten, wie etwa von dem Abgeordneten für Wiesbaden. Wenn ich aber auf die große Politik einige Streiflichter werfe, dann möchte ich zunächst den Abgeordneten v. Vincke-Hagen fragen, ob er auch den jetzt von mir vorliegenden Antrag als einen Beweis von Particularismus ansieht. (v. Vincke-Hagen nickt.) Ich bin gern bereit, meinen Antrag gegen einen besseren formulirten zurückzuziehen, aber den Inhalt, die Tendenz halte ich für so wichtig, daß ich sie unmöglich aufgeben kann. Das erste Recht der Nation ist das auf nationale Zusammengehörig-

keit. In den Tagen des alten Glanzes der Nation hieß der Verwalter des Reiches der Wahrer des Reiches. Selbst als das alte Reich aufgelöst war und die einzelnen Souveränetäten zur Entwickelung gebracht wurden, wie nie zuvor, gab es noch den Bund, auf den ich keine Lobrede halten will, von dem aber doch feststeht, daß es, so lange er bestand, keinem Fremden in den Sinn gekommen ist, deutsches Land an sich zu reißen. Dann kamen die Ereignisse des vorigen Jahres, denen gegenüber ich mich auf den Boden der Thatsachen stellen will, aber ich kann mir doch nicht verhehlen, daß Deutschland zerrissen ist und daß eine Dreitheilung vorliegt. Ich lasse mir aber nun das Traumbild meiner Jugend nicht nehmen: Das ganze Deutschland soll es sein, und zur Verwirklichung dieses Wunsches sehe ich in dem Entwurf ein großes Hinderniß. Seit dieser Entwurf uns vorgelegt worden ist, sind freilich die Verträge mit den Südstaaten bekannt geworden, aber diese Verträge ersetzen ein normales verfassungsmäßiges Leben nicht. Ich will gern mein Amendement zu Gunsten des Duncker'schen zurückziehen, aber ich meine, wir müssen den Südstaaten die Thür, durch die sie eintreten sollen, möglichst weit offen halten und wenn man auf das Urtheil der Geschichte hinweist, dann glaube ich, werden es die nicht zu scheuen haben, welche Deutschland nicht zerreißen lassen, sondern zusammenhalten wollen.

Abg. v. Vincke-Hagen: Ich stimme mit dem Abgeordneten für Osnabrück und Stade fast vollkommen überein, auch bis in der Ansicht, daß wir Alles aufnehmen, so weit die deutsche Zunge klingt und Gott im Himmel Lieder singt, aber ich möchte dabei die allgemeinen politischen Verhältnisse nicht außer Acht lassen. Dem Amendement Duncker möchte ich den Vorzug geben, aber es nicht weit genug geht. Die Deutschen, die zum deutschen Bunde gehörten, genügen mir nicht allein; es giebt auch Länder, die nicht zum deutschen Bunde gehörten, und wo doch die deutsche Zunge klingt, die möchten wir uns doch auch nicht entgehen lassen. Was nun die Aufnahme der süddeutschen Staaten anbetrifft, so denke ich mir, daß zunächst ein Vertrag geschlossen ist, um sie zum Eintritt in den norddeutschen Bund bereit erklären, [illegible] in welcher die Bedingungen des Eintritts festgestellt werden, [illegible] ob ich die Antipathie des Südens und den Mangel an verfassungsmäßigen Garantien im norddeutschen Bunde berühren solle. M. H., denken Sie an die neue Aera, in der die Sympathien Süddeutschlands wahrlich nicht größer waren als heut. Unsere süddeutschen Brüder finden es sehr bequem, wenn wir sie gegen das Ausland schützen, und unbequem, wenn sie ihr Theil dazu beitragen sollen. Die süddeutsche Behaglichkeit, die nicht die Lasten auf sich nehmen will, welche wir tragen, ist der einfache Grund dieser Antipathie. Das wird sich auch nicht durch einige parlamentarische Reden ausweisen lassen.

Wenn der Abg. Schrader mich fragt, ob ich auch in diesem Antrage den Particularismus sehe, so sage ich wohlüberlegt: Ja wohl! Ich betrachte jedes Amendement als particularistisch, welches dem norddeutschen Bunde Verlegenheiten bereitet. Wenn er vom Abschluß aller Verträge abstrahirt und noch hinzufügt: besonderer Vertrag bedarf es nicht, so sind das staatsrechtliche Undenkbarkeiten, die die Zusammensetzung des Bundes nicht fördern können. Er hat gesagt, daß er auf dem Boden der Thatsachen stehe, aber wenn er die Annexion von Schleswig-Holstein, wie er es vor nicht langer Zeit gethan hat, eine Sünde nennen kann, das begreife ich nicht. Er mag als Prediger über das Capitel von den Sünden sachgemäßer urtheilen können als ich, aber auf dem Boden der Thatsachen steht er nicht. (Heiterkeit.) Was das nationale Band des alten Bundes anbetrifft, so möchte ich wiederholen, was Schulze-Delitzsch 1848 gesagt hat, es sei wohl ein Band, aber ein Zopfband. (Heiterkeit.) Und in Ansehung des Auslandes möchte ich den Abgeordneten Schrader fragen, ob er sich nicht in die Zeit von 1839 zurückversetzt, als zwei Drittel des Herzogthums Luxemburg gegen die Grafschaft Limburg weggegeben wurden. Ich könnte ihn auch an sein engeres Vaterland erinnern. Was hat denn der deutsche Bund für Schleswig-Holstein gethan? Haben nicht Oesterreich und Preußen die Herzogthümer befreit und zwar gegen die Beschlüsse des Bundestages? (Unterbrechung links, wahrscheinlich auf den polnischen Bänken.)

Präsident Simson: Wer schreit dazwischen! — Abgeordneter v. Vincke-Hagen fortfahrend: Ich kann auf inarticulirte Töne nicht antworten. — Mit dem Miquel'schen Amendement habe ich große Sympathie und will deshalb Kleinigkeiten nicht tadeln. Was mich allein verbindern könnte, ihm zuzustimmen, wäre das, daß die Regierung erklärte, dasselbe könne ihr bei der gegenwärtigen Situation Verlegenheiten bereiten. Ich glaube dies nicht, im Gegentheil, es kann der Regierung nur angenehm sein, aber vielleicht würde sie doch officiell erklären müssen, daß es ihr unopportun sei. Ob wir zur Zeit dem Kriege entgegentreiben oder mit Ehren noch den Frieden vermeiden können (große Heiterkeit), den Krieg vermeiden können, will ich nicht untersuchen, aber ich meine, daß die europäische Lage nicht ohne Einfluß auf die Schlußabstimmung sein sollte, und wenn der Abgeordnete für Osnabrück die Kategorien, die gegen die Verfassung sind, charakterisirt und sagt, das sind die Herren, die gegen uns sind, dann hätte er hinzufügen sollen: und die leider stets mit uns stimmen. Ich hoffe, daß die europäische Lage den Scheidungsproceß zwischen ihm und den Herren, mit denen er leider stets stimmt, befördern wird. Andererseits aber hoffe ich, daß die süddeutschen Staaten und auch das erlauchte Haus Habsburg, mit dem wir Jahrhunderte lang auf so vielen Schlachtfeldern zusammengestanden haben, wenn ein Versuch des Auslandes auf Deutschland gemacht werden sollte, zu uns stehen werden, eingedenk des Dichterworts:

Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern,
In keiner Noth uns trennen, noch Gefahr.

(Bravo rechts!)

Präsident der Bundescommissare Graf Bismarck: Um der Aufforderung des Hrn. Vorredners zu genügen, will ich mich mit wenigen Worten über die Stellung der verbündeten Regierungen zu dem Amendement Lasker-Miquel aussprechen. Ich kann nicht behaupten, daß die Tendenz dieses Amendements unseren Wünschen und Bestrebungen widerspricht. Eine andere Frage ist aber die, ob solche Mitglieder dieser Versammlung, welche zugleich Vertreter der Regierungen sind, sich augenblicklich in der Lage befinden, für das Amendement zu stimmen. Ich habe gesagt, daß es unseren Wünschen nicht widerspricht. Aber eine Regierung ist verpflichtet, sich bei der Aussprache ihrer Wünsche nach der Decke ihrer Rechte zu strecken. Ich will damit auch nicht behaupten, daß die Annahme dieses Amendements im Widerspruche mit dem Art. 4 des Prager Friedens stände, ich will nur aus ähnlichen Gründen, wie ich sie gestern bei der Beantwortung der hessischen Interpellation hervorhob, nicht ganz den Verhandlungen, die zu einer einheitlichen Auslegung der Contrahenten des Prager Friedens erforderlich sind, vorgreifen, auch nicht die Entschließung der süddeutschen Regierungen in einer Weise präjudiciren, zu welcher bisher der Grad ihres amtlichen Entgegenkommens uns nicht auffordert. Daß im Art. 4 des Prager Friedens nicht blos ein internationales Schutz- und Trutzbündniß — wie einer der Herren Vorredner, ich weiß nicht welcher, bemerkte, ins Auge gefaßt ist, geht, glaube ich, aus seinem Wortlaut für jeden aufmerksamen Leser hervor.

Es ist im Art. 4 nicht von einer neuen Gestaltung Norddeutschlands blos die Rede, sondern von einer neuen Gestaltung Deutschlands. Der Begriff wird dadurch erläutert, daß der Nachsatz folgt: „Deutschland ohne Betheiligung des österreichischen Kaiserstaates". Also es ist zugestimmt zu einer Umgestaltung desjenigen Bestandtheils des früheren deutschen Bundes, welcher nach dem Ausscheiden der österreichischen Theile des Bundesterritoriums übrig war. Es ist ferner in der dritten Zeile vor dem Schluß des Artikels von der **nationalen** Verbindung Süddeutschlands mit dem norddeutschen Bunde gesprochen, also nicht von einer internationalen, welches Wort ausdrücklich in demselben Artikel auf die Beziehungen Süddeutschlands zum Auslande seine Anwendung gefunden hat. Wenn ich nichtsdestoweniger die Frage, ob der Eintritt der süddeutschen Staaten mit diesem Artikel verträglich ist, einseitig nicht bejahen möchte, sondern ihre Beantwortung im Einverständniß mit der kaiserlich österreichischen Regierung finden möchte, so bewegt mich dazu der Umstand, daß eine der Prämissen, welche Art. 4 aufstellt, in der Kette fehlt: das ist nämlich das Zustandekommen des süddeutschen Bundes. Wäre dieser zu Stande gekommen, oder hätte er Aussicht dazu, so ist meine Ueberzeugung immer gewesen, daß wenn im Norden ein Parlament tagt auf einer nationalen Basis, im Süden ein anderes, diese beiden Parlamente nicht länger auseinander zu halten sein würden, als etwa die Gewässer des rothen Meeres, nachdem der Durchmarsch erfolgt war. (Heiterkeit.)

Diese Prämisse fehlte bisher und wir möchten bei der Ueberzeugung, daß die nationale Zusammengehörigkeit ihre Sanction durch die Geschichte ganz zweifellos dennoch empfangen wird, über die Frage, ob dies sofort und in welcher Form geschehen kann, nicht in Meinungsverschiedenheit mit der kaiserlich österreichischen Regierung über die Auslegung des neuesten Friedensvertrages zwischen uns gerathen und dieser Auslegung nicht einseitig vorgreifen. Im Uebrigen bin ich auch der Meinung, daß der Unterschied zwischen dem Amendement Miquel-Lasker und dem Texte des Art. 71 so sehr erheblich in der Praxis nicht ist. Das Amendement behält dem Präsidium oder wie ich zugebe, daß man richtiger sagen würde, dem Bundesrathe die Initiative vor und im Bundesrathe würde voraussichtlich das Präsidium die Initiative haben. Das Bundespräsidium würde unzweifelhaft mit dieser Initiative doch so lange warten, bis es diejenigen Verhandlungen geführt hat, die in dem Artikel 71 vorgesehen sind, und es sich durch den Verlauf der Verhandlungen überzeugt hat, daß der Moment eingetreten sei, wo in diesem Sinne vorgegangen werden könne, ohne daß die Verfrühung eines Moments, der später doch eintritt, mit unverhältnißmäßigen Gefahren oder Zerwürfnissen mit den Contrahenten des Prager Friedens verbunden sei.

Aus diesen Gründen werde ich mich enthalten, für das Amendement Miquel zu stimmen. Wird es angenommen werden, so wird an die verbündeten Regierungen ja die Frage herantreten, ob sie sich zu diesem neuen Text des Verfassungsentwurfes bei der definitiven Beschlußfassung werden bekennen können. Ich glaube nicht, diese Frage von Hause aus verneinen zu sollen, deswillen, weil das Amendement Miquel eben die Eigenschaft hat, dem Präsidium und dem Bundesrath die Entschließung über den Zeitpunkt dennoch vollständig frei zu lassen, und in keiner Weise verpflichten würde, der Frage früher näher zu treten, als wir mit allen Elementen, denen wir das Recht einzureden zuerkennen, darüber einig sind. (Lebhafter Beifall.)

Die Discussion wird geschlossen. Es folgen **persönliche Bemerkungen.** Abg. **Bebel:** Der Hr. Abg. Lasker hat mich als ein Mitglied der Lassalle'schen Partei bezeichnet, die in Elberfeld für den Grafen Bismarck gestimmt hat. Daß dem nicht so sein kann, beweist meine Rede, die gegen die Politik des Grafen Bismarck Front gemacht hat. Ich erkläre, daß ich nicht der Lassalle'schen, sondern der radical-demokratischen oder der Volkspartei angehöre.

Abg. **Schrader:** Der Herr Abg. v. Vincke kann die Broschüre, auf die er sich bezieht, nicht gelesen haben, und ich werde mir erlauben, ihm ein Exemplar zu verehren. (Präsident **Simson:** Das ist eine persönliche Freundlichkeit, aber keine persönliche Bemerkung. Heiterkeit). Uebrigens halte ich jedes Wort jener Broschüre aufrecht und erinnere daran, daß die vorzüglichsten Redner im preußischen Abgeordnetenhause ihrer Zeit die Frage der Herzogthümer genau so behandelt haben, wie es in jener Broschüre geschehen ist.

Abg. **v. Vincke:** Ich werde das mir freundlich angebotene Exemplar abwarten. Die letztere Notiz beziehe ich nicht auf mich, da sie auf vorzügliche Redner hinweist.

Nachdem Abg. **Schrader** sein Amendement zu Gunsten des Duncker'schen zurückgezogen, wird zur Abstimmung geschritten. Das Amendement **Duncker** wird **abgelehnt** (dafür nur die Linke), Art. 71 der Regierungsvorlage mit sehr großer Majorität **angenommen**, desgleichen der Zusatz der Abgeordneten **Lasker-Miquel** zu Art. 71 und schließlich der Art. 71 mit diesem Zusatz (bei den beiden letzten Abstimmungen stimmen die Abgg. Minister Gr. Bismarck und v. Roon im Einklange mit der obigen Erklärung nicht mit der Mehrheit des Hauses).

Die Vorberathung wendet sich nunmehr der **Einleitungsformel** des Verfassungsentwurfes zu: „Se. Majestät der König von Preußen u. s. w. schließen einen ewigen Bund zum Schutze des Bundesgebietes und des innerhalb desselben giltigen Rechtes, sowie zur Pflege und Wohlfahrt des deutschen Volkes. Dieser Bund wird den Namen des „Norddeutschen" führen und wird nachstehende Verfassung haben."

Am Schlusse beantragt Abg. **Scherer** nach dem Worte „nachstehende" einzufügen: „in Uebereinstimmung mit der zum ersten norddeutschen Reichstage berufenen Gesammtvertretung des norddeutschen Volkes festgestellte" Verfassung haben.

Abg. **Scherer** motivirt unter großer Unruhe des Hauses seinen Antrag, vornehmlich durch die Zweifel in Betreff des Ursprunges der Verfassung, ob durch Octroyirung oder Vereinbarung entstanden, welche Zweifel durch seinen Zusatz gehoben werden; ferner durch die Nothwendigkeit die Auffassung auszuschließen, als werde dieser Reichstag mit seinen Beschlüssen durch die nachträgliche Zustimmung des preußischen Abgeordnetenhauses unter die Vormundschaft des letzteren gestellt.

Abg. **Kantak:** Wir (die polnischen Abgeordneten) haben durch unsern Protest unser Recht gewahrt und seitdem geschwiegen; wir würden auch heute schweigen, wenn das Amendement Scherer uns nicht zu sprechen veranlaßte. Nicht weil es von einer „Uebereinstimmung" spricht, an der wir uns in zweifelloser Weise nicht betheiligen konnten; nicht weil es unklar vom „norddeutschen Volke" spricht, während die Erfahrensten, bei denen ich deshalb nachgefragt, wohl von norddeutschen Staaten, aber nichts von einem norddeutschen Volke wissen; sondern weil es die Polen dem deutschen Volke zuzählt. Man kann uns wohl zwingen, einem deutschen Bundesstaat, aber nicht dem deutschen Volke anzugehören.

Abg. **Twesten:** Das Bedenken des Vorredners gegen den Ausdruck „norddeutsches Volk" theile ich durchaus, für mich ist ein solches nicht da. Materiell gehört der Zusatz des Abg. Scherer nicht in die Einleitungsformel der Verfassung. Was die Bevormundung des Reichstages durch das preußische Abgeordnetenhaus betrifft, so hat das Letztere bei der Berathung des Wahlgesetzes für den Reichstag die staatsrechtliche und unanfechtbare Theorie aufgestellt, daß keine Verfassung auf einem anderen Wege als auf den von ihr selbst bezeichneten Wegen geändert werden kann, die preußische also nur im Wege der Uebereinstimmung der drei Factoren der Gesetzgebung. Die preußische Vertretung hat an ihrer Verfassung einen festen Boden unter den Füßen, der Reichstag aber, der ein neues Werk erst schaffen soll, hat ein urkundliches Recht nicht unter den Füßen. Herr Scherer wiederholte dann, daß das preußische Abgeordnetenhaus unmöglich ablehnen könne, was in diesem Reichstag beschlossen ist. Ich glaube auch, daß das sehr schwer halten würde, daß aber, wie die Reichsverfassung aus der Vorberathung hervorgegangen ist, eine große Resignation für einen Theil der preußischen Landesvertretung dazu gehören wird, ihr zuzustimmen, daß nur die Rücksicht auf den großen historischen Zweck der Einigung sie würde bestimmen können, auf solche wesentliche und wichtige Rechte nicht blos für sich zu verzichten, sondern mindestens für eine Zeit lang für die Volksvertretung überhaupt.

Es wäre vergeblich zu glauben, daß für die Bundesverfassung, wie sie jetzt vorliegt, ein Enthusiasmus im Volke hervorgerufen werden könnte (Sehr richtig!), so wenig wie im Jahre 1815 nach den großen Erfolgen Preußens und Deutschlands für die Bundesacte von 1815. In ähnlicher Weise werden Sie vom deutschen Volke nicht verlangen können, daß es sich für dieses Werk erwärmt. (Hört!) Es wird dies Werk als ein Werk der Noth betrachten, hervorgegangen aus Compromissen zwischen verschiedenen Rücksichten und Interessen. Wir sind daher wohl berechtigt, die Mahnung, wir sollten nicht zu viel verlangen, wir sollten resigniren und das große Werk nicht aus Parteiwünschen hindern, der andern Seite des Hauses und den Regierungen zurückzugeben, damit sie nicht durch die Zumuthung von Dingen, zu denen wir uns nicht verstehen können, das Zustandekommen des Werkes erschweren. Herr v. Vincke wirft uns vor, daß wir zusammengingen mit Gegnern des Werkes, mit Particularisten und Demokraten. Allerdings haben wir in vielen constitutionellen Fragen mit Mitgliedern des Hauses gestimmt, mit denen wir nicht eben in Gesinnungen und Anschauungen über das vorliegende Werk eng verbunden sind.

Abg. **v. Vincke** begreift nicht, wie man die Wiener Bundesacte, wenn man sie kennt, mit dieser Bundesverfassung zusammenstellen kann. Er und seine Freunde hätten die nationale Sache über Alles gestellt, auch über die constitutionelle Schablone.

Abg. **Twesten:** Ich kenne den Entwurf und die Bundes-Acte ziemlich genau und der einzige Vergleichspunkt, den ich hervorhob, ist der, daß den jetzigen Wünschen und Anforderungen des Volkes die Bundesverfassung, die wir jetzt beschlossen haben, wohl ebenso wenig vollständig genügen dürfte, wie unter anderen Umständen ein anderes Werk. Was Hr. v. Vincke übrigens als constitutionelle Schablone bezeichnet hat, betrachte ich als ein wesentliches und nicht aufzugebendes Recht. (Beifall links.)

Aber eine Ursache, daß wir für manche Bestimmungen nur eine kleine und schwankende Majorität mit Hilfe solcher Mitglieder erlangten, lag zum Theil in Hrn. v. Vincke und seinen Freunden, auf die wir beim Eintritt in den Reichstag für die Aufrechterhaltung mancher constitutionellen Grundsätze glaubten zählen zu können. Da sie uns aber in den wesentlichsten constitutionellen Fragen im Stiche gelassen und Miene machten, nicht blos für einige Zeit, wie wir es um des Werkes willen wollten, sondern für immer auf die Grundrechte des Volkes zu verzichten, da haben wir uns allerdings freuen müssen, wenigstens mit Hilfe mancher Mitglieder, die uns sonst nicht nahe standen, eine, wenn auch geringe Majorität zu finden für Grundsätze, auf die wir im Namen der Zukunft unseres Vaterlandes niemals verzichten können. (Lebhafter Beifall.)

Das Amendement **Scherer** wird, nachdem er den Ausdruck „norddeutschen Volkes" abgeändert hat in „der Bevölkerung der norddeutschen Bundesstaaten" — **abgelehnt** und die **Einleitungsformel** der **Regierungs-Vorlage** so gut wie einstimmig **angenommen**, desgleichen die **Ueberschrift** „Der Entwurf der Verfassung des norddeutschen Bundes". Selbstverständlich fällt der Ausdruck „Entwurf" nach definitiver Annahme der Verfassung fort.

Damit ist die **Vorberathung geschlossen.**

Es folgen **Wahlprüfungen** ohne besonderes Interesse bei großer Unruhe des Hauses. Sämmtliche Wahlen, über die berichtet wird, darunter die der Abgg. Forckenbeck und Gneist, werden für giltig erklärt. Aus 4 Wahlkreisen fehlen die Acten.

Präsident **Simson** zeigt an, daß die **Zusammenstellung** der in der **Vorberathung gefaßten Beschlüsse** morgen sich gedruckt in den Händen der Mitglieder befinden und auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden wird.

Schluß 1½ Uhr. Nächste Sitzung Montag 10 Uhr.

Telegraphische Depeschen.

Kopenhagen, 10. April. „Faedrelandet" meldet die beschleunigte Rückkehr des Königs von Dänemark aus England; hiermit seien die Gerüchte von französischerseits eingeleiteten Verhandlungen einer skandinavisch-französischen Allianz verknüpft. (Tel. Dep. d. Bresl. Z.)

Paris, 10. April, Abends. Die Interpellationen der Opposition und der Tiers-Parti sind verworfen, die dritte ist zurückgezogen. — Der „Abend-Moniteur" sagt in der Wochen-Rundschau, die Erklärung der Regierung im gesetzgebenden Körper bezweckte die Beruhigung und Aufklärung der öffentlichen Meinung, sowie die Wiederherstellung der durch die Journale entstellten Thatsachen. Er schließt: Frankreich wird verstehen, die Anforderungen der nationalen Würde mit den Interessen und Gefühlen in Mäßigung und Gerechtigkeit zu vereinbaren. Der „Temps" und die „Liberté" wie andere Journale sind für die Neutralisirung Luxemburgs. (W. T. B.)

Florenz, 10. April. Die Combination Rattazzi's ist gescheitert Rattazzi conferirte Früh Morgens mit dem König, um einen definitiven Beschluß zu fassen. (Wolff's T. B.)

Berliner Börse vom 10. April 1867.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anl.	4½	96¼ bz.
Staats-Anl. von 1859	5	100 bz.
dito 1850. 52	4	87 bz.
dito 1853	4	87 G.
dito 1854	4½	96 bz.
dito 1855	4½	96 bz.
dito 1856	4½	96 bz.
dito 1857	4½	96 bz.
dito 1859	4½	96 bz.
dito 1864	4½	96 bz
Staats-Schuldscheine	3½	80 bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	117 bz.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	96 B.
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3½	77½ bz.
Pfandbriefe. Pommersche	3½	— — —
Pfandbriefe. Posensche	4	— — —
Pfandbriefe. dito	3½	— — —
Pfandbriefe. dito neue	4	85 bz.
Pfandbriefe. Schlesische	3½	— — —
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	88½ bz
Rentenbriefe. Pommersche	4	88 bz.
Rentenbriefe. Posensche	4	88 bz.
Rentenbriefe. Preussische	4	88½ bz.
Rentenbriefe. Westph. u. Rhein.	4	— — —
Rentenbriefe. Sächsische	4	89½ B.
Rentenbriefe. Schlesische	4	89¼ bz.

Louisd'or 111⅛ G. | Oest. Bk. 77 bz.
Goldkr. 9. 9 G. | Poln. Bkn. — — —

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metalliques	5	43 G.
dito Nat.-Anl.	5	50½ à ¾ bz.
dito Lot.-A. v. 60	4	62 à ½ bz. u. G.
dito dito 64	—	39 bz.
dito 54er Pr.-A.	4	57 G.
dito Eisenb.-L.	—	62 B
Ital. neue 5 proc. Anl.	5	48¼ à ¾ bz. u. B.
Russ. Engl. Anl. 1862	5	84½ B.
dito Holl. Anl. 1864	5	84 G.
dito Poln. Sch.-Obl.	4	60 bz.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	54 bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	91¼ etw. B.
dito à 300 Fl.	5	90 B.
Kurhess. 40 Thlr. Obl.	—	52½ G.
Baden. 35 Fl. Loose	—	30 etw. bz.
Amerikan. St.-Anl.	6	76⅜ à ⅜ à ½ bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märkische	4½	— — —
dito II.	4½	92 bz.
dito IV.	4½	90 bz.
dito III. v. St. 3½ g.	3½	75 bz.
Cöln-Minden	4½	99 B.
dito II.	5	100½ G.
dito	4	— — —
dito III.	4	— — —
dito	4½	93¾ bz.
dito IV.	4	81 G.
dito V.	4	80 bz.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	— — —
dito III. Em	4½	— — —
Gal. Ludwigsb.	5	76 B.
Niederschl.-Märk.	4	88 G.
dito conv.	4	88 B.
dito III.	4	— — —
dito IV.	4½	— — —
Ndschl. Zweigb. L. C.	5	99¼ bz.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	— — —
dito C.	4	86½ bz.
dito D.	4	85¾ B.
dito E.	3½	78 bz.
dito F.	4½	90 G.
dito G.	4½	90 G.
Oest.-Franz.	3	233 bz.
Oest. südl. St.-B.	3	207 bz.
Rhein v. St. gar	4½	98 G.
Rhein-Nahe-B. gar.	4½	91 bz.

Eisenbahn Stamm-Actien

Dividende pro	1864.	1865.		
Aachen-Mastrich	—	—	4	32¼ bz.
Amsterd.-Rottd.	7 19/20	7¼	4	92⅞ bz.
Berg.-Märkische	7¼	9	4	134 à 135 à 134½ bz.
Berlin-Anhalt.	11⅝	13	4	205 bz.
Berlin-Görlitz	—	—	4	69½ bz
dito St.-Prior.	—	—	5	97 bz. u. G.
Berlin-Hamburg.	10	9½	4	— — —
Berl.-Potsd.-Mgd.	16	16	4	199½ bz.
Berlin-Stettin.	7⅝	8	4	133½ à 32½ à 33 bz.
Böhm.-Westb.	5	—	5	55 G.
Breslau-Freib.	8⅔	9	4	132½ bz.
Cöln-Minden.	15⅝	17⅔	4	132½ à 133½ à 133 bz.
Cosel-Oderberg.	¾	2¼	4	55 bz.
dito St.-Prior.	—	—	4½	71 bz.
dito dito	—	—	5	— — —
Galiz. Ludwigsb.	9	5	5	78 bz.
Ludwigsh. Bexb.	9⅕	10	4	142 G.
Magd.-Halberst.	25	15	4	184 B.
Magd.-Leipzig.	18¾	20	4	243 B.
Mainz-Ludwigsh.	7½	8	4	119½ à 120½ bz
Mecklenburger.	3½	3	4	72 bz.
Neisse-Brieger.	4½	5 5/12	4	96½ B.
Niedrschl. Märk.	4	—	4	90 bz.
Niedrschl. Zwgb.	3⅔	3⅔	4	87 bz.
Nordb. Fr.-Wilh.	4	4	4	86½ à 87½ à 86½ bz.
Oberschl. A.	10	11⅔	3½	175½ bz. u. B.
dito B.	10	11⅔	3½	154 B.
dito C.	10	11⅔	3½	175½ bz. u. B.
Oestr.-Fr. St.-B.	5	5	5	99 à 100 bz.
Oestr. südl. St.-B.	8	7½	5	97½ à 97 à 98 bz.
Oppeln-Tarnow.	3¼	3¼	5	71 bz.
Rheinische.	11¼	7	4	106½ à 107 bz.
dito Stamm-Pr.	6¼	7	4	— — —
Rhein-Nahebahn	—	—	4	29¾ bz.
Stargard-Posen.	3⅛	4½	4½	87 bz.
Thüringer	8	—	4	131 bz.
Warschau-Wien.	7 11/12	8⅓	5	57 bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V.	7 1/10	8¼	4	150 G.
Braunschw. B.	—	—	4	90 G.
Bremer Bank.	7 8/10	6½	4	115 B.
Danziger Bank.	7½	7 8/10	4	112 B.
Darmst. Zettelb.	8	7½	4	91 G.
Geraer Bank	8	7⅝	4	102 B.
Gothaer „	7	7½	4	89 B.
Hannoversche B.	5⅔	4	4	78 G.
Hamb. Nordd. B.	7⅝	9	4	115 B.
„ Vereins-B.	7 21/32	8 19/32	4	109½ G.
Königsberger B.	6¾	6½	4	112 B.
Luxemburger B.	4	6	4	88¾ bz.
Magdeburger B.	5 9/10	5½	4	92 B.
Posener Bank	7	6½	4	98 B.
Preuss. Bank-A.	10 19/20	10 14/15	4½	145 bz.
Thüringer Bank	4	4	4	63½ B.
Weimar „	7	6½	4	88 B.
Berl. Hand.-Ges.	8	8	4	102½ bz.
Coburg Credb. A.	8	8½	4	76 B.
Darmstädter „	6	6½	4	76 bz.
Dessauer „	—	—	—	2¼ bz.
Disc. Com.-Anth.	6½	6½	4	97½ à 99 bz.
Genfer Credb.-A.	—	—	4	25½ bz. u. G.
Leipziger „	4	4	4	70 bz. u. G.
Meininger „	7¼	7	4	89 B.
Moldauer Lds.-B.	—	—	4	18 B.
Oesterr. Credb. A.	5	4½	5	65 bz. u. B.
Schl. Bank.-Ver.	6½	7½	4	114 B.
Minerva	—	1	5	32 etw. bz.
Fbr. v. Eisenbdf.	8½	5½	5	110 bz.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

Paris, 10. April. (Auf indirectem Wege.) 3% Rente 66, 25, 4½% Rente 96, Credit mobilier 382, 50, Ital. Rente 47, 70, Lombarden 366, 25, Staatsbahn 370. Matte Haltung.

London, 10. April, Nachm. 4 Uhr. — Schluß-Course: Consols 90 5/16. 1% Spanier 30. Italien. 5proc. Rente 48. Lombarden 14¾. Mexicaner 14¾. 5proc. Russen 86. Neue Russen 86. Russ. Prämien-Anleihe von 1864 —. Russ Prämien-Anleihe von 1866 —. Silber 61—61 1/16. Türkische Anleihe 1865 26⅝. 6proc. Verein. St.-Anleihe pr. 1882 73⅝.

Der Hamburger Dampfer „Hammonia" ist mit 13,500 Dollars Gold in Southampton eingetroffen.

[Breslauer Börse vom 11. April.] Schluß-Course (1 Uhr Nachm.) Russisch Papiergeld 78½—¼ bez. Oesterr. Banknoten 77—76½—⅝ bez. Schles. Rentenbriefe 89—88—88¼ bez. Schles. Pfandbriefe 83¾ bez. Oesterr. National-Anleihe 50 Br. Freiburger 130 Gld. Neisse-Brieger —. Oberschles. Litt. A. und C. 175½—73 bez. Wilhelmsbahn 54—53½—¾ bez. u. Br. Oppeln-Tarnowitzer 70—69¼ bez. Oesterr. Creditbank-Actien 64 bez. Schles. Bank-Verein 112 Br. 1860er Loose 60¾ bez. Amerikaner 75⅝—½ bez. u. Br. Warschau-Wiener 56½—¾—56 bez. Minerva 32 Br. Baierische Anleihe 93—92½ bez. u. Br. Italiener 47½—47¾ bez.

Breslau, 11. April. Preise der Cerealien.

Festsetzungen der polizeilichen Commission pr. Scheffel in Silbergroschen.

	fein	mittel	ordin.		fein	mittel	ordin.
Weizen, weißer	95—98	92	86—90	Gerste	57—59	55	50—53
do. gelber	95—97	92	86—90	Hafer	37	36	34—35
Roggen	72	71	70—69	Erbsen	67—70	65	58—62

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktpreise von **Raps und Rübsen.**

Raps	198	188	168	pr. 150 Pfd. Brutto in Sgr.
Winterrübsen	188	178	158	
Sommerrübsen	158	148	138	
Dotter	156	146	134	

Loco- (Kartoffel-) Spiritus pr. 100 Qrt. bei 80% Tralles 16⅔ Br., 16 7/12 Gd.

Officiell gekündigt: — Ctr. Weizen. — Ctr. Roggen. — Ctr. Hafer. — Ctr. Rapskuchen. 100 Ctr. Rüböl. — Ctr. Leinöl. 15000 Qrt. Spiritus.

* **Breslau,** 11. April. Wind: Süd. Wetter: Trübe. Thermometer: Früh 4 Grad Wärme. Am heutigen Markte blieb gute Kauflust vorherrschend und waren Getreidepreise neuerdings höher.

Weizen gefragt und höher bezahlt, pr. 84 Pfd. schlesischer weißer 83—97 Sgr., gelber 84—97 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt, galizischer und polnischer weißer 83—97 Sgr., gelber 84—96 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — **Roggen** steigend, pr. 84 Pfund 69 bis 72 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — **Gerste** offerirt, pr. 74 Pfd. helle 58—60 Sgr., gelbe 48—54 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — **Hafer** sehr fest, pr. 50 Pfd. 34 bis 37 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — **Erbsen** mehr Frage. — **Wicken** flau. — **Oelsaaten** wenig zugeführt. — **Lupinen** schwach beachtet, pr. 50 Pfund gelbe 40—45 Sgr., blaue 40—44 Sgr. — **Schlesische Bohnen** wenig beachtet. — **Schlaglein** flau. — **Rapskuchen** beachtet, 50 bis 53 Sgr. pr. Ctnr.

Breslau, 11. April. [**Wasserstand.**] O.-P. 17 F. 10 Z. U.-P. 5 F. 1 Z.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.